

Antrag der Kreissynode Halle-Saalkreis an die Landessynode der EKM zum Nationalstaatsgesetz in Israel

Die Synode möge beschließen:

Die Landessynode der EKM unterstützt Bischof Sani Azar von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land geschwisterlich in seinem Bemühen um eine Veränderung des am 19. Juli 2018 beschlossenen Nationalstaatsgesetzes in Israel, in dessen Auswirkung eine rechtliche Benachteiligung nichtjüdischer israelischer Staatsbürger befürchtet werden muss.

Die Landessynode beschließt, sich die Stellungnahme von Bischof Azar außer in den Worten „Apartheid“ und „rassistisch“ zu eigen zu machen und die Gemeinden in der EKM zu ermutigen, ein gleiches zu tun.

Begründung:

Stellungnahme der Kreissynode Halle-Saalkreis vom 17. November 2018 zum Nationalstaatsgesetz in Israel:

Die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Halle-Saalkreis unterstützt das Anliegen von Sani Ibrahim Azar, Bischof der „Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land“, die Mitglieder des israelischen Parlaments (Knesset), aufzurufen, das am 19. Juli 2018 beschlossene Nationalstaatsgesetz noch einmal zu überdenken. Ausdrücklich distanziert sich die Kreissynode aber vom Gebrauch der Worte „Apartheid“ und „rassistisch“ in diesem Zusammenhang. Sie eignen sich unserer Meinung nach nicht dazu, die erwartete rechtliche Benachteiligung nichtjüdischer israelischer Staatsbürger zu beschreiben.

Die Stellungnahme von Bischof Azar lautet:

„Am 19. Juli verabschiedete die israelische Knesset ein Grundgesetz, welches Israel als die 'nationale Heimat des jüdischen Volkes verankert und das 'Recht, seine nationale Selbstbestimmung im Staat Israel auszuüben, einzig dem jüdischen Volk' zugesteht. Dieser Beschluss weckt in mir als einer religiösen Führungsperson im Heiligen Land große Bedenken. Dieses neue Gesetz schließt willentlich die 1,5 Millionen Bürger Israels aus, die sich als arabische Israelis verstehen. Es ignoriert ebenso die Gegenwart von Bürgern und Einwohnern, die Glieder anderer religiöser Gruppen sind, und deren erheblichen Beiträge zur israelischen Gesellschaft. Im Gegensatz zu der großen Vielfalt, die in der israelischen Gesellschaft zu finden ist, bevorzugt dieses Gesetz nur eine Kultur und nur eine ethnische Gruppe, wobei die arabische Sprache herabgestuft wird und nur noch einen 'Sonderstatus' erhält.

Noch größere Sorge löst jedoch der Teil des Gesetzes aus, der festhält: 'Der Staat sieht die Entwicklung jüdischer Ansiedlung als nationalen Wert an und wird die Gründung und Stärkung jüdischer Siedlungen ermutigen und befördern'. Es fällt schwer zu verstehen, wie die Unterstützung und Förderung auf Trennung basierender, monokultureller und monoreligiöser Ortschaften inmitten Israel proper (oder in den palästinensischen Gebieten in Form von illegalen Siedlungen) den Staat Israel in Richtung einer friedvollen Zukunft bewegt. Die geäußerte Absicht, rein-jüdische Gemeinden zu schaffen, löst Alarm bei allen Einwohnern, die Christen, Muslime, Drusen und Beduinen sind und die sich derselben Rechte wie alle anderen israelischen Bürger erfreuen wollen.

Als Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land muss ich die Knesset aufrufen, das Gesetz zu überdenken. Es wirkt grundlegend spaltend, rassistisch und destruktiv. Über viele Jahre haben israelische Führungspersonlichkeiten protestiert, wenn das Wort 'Apartheid' genutzt

wurde, um die Lage im Land zu beschreiben. Die Annahme dieses Gesetzes macht es jedoch schwierig gegen diese Situation zu argumentieren, da sie nun in einen Gesetzestext gefasst ist. Indem erklärt wird, dass Israel nicht länger 'Heimat' für Nicht-Juden ist — oder für die Bürger, die die arabische Kultur vertreten - ist offiziell eine Unterklasse an Menschen in der Nation geschaffen worden.

Ich rufe die vielen Bürger Israels und alle Menschen guten Willens auf, ihre Ablehnung dieses Gesetzes auszusprechen und für eine Zukunft einzustehen, in der alle Menschen im Land sich gleicher Rechte bei gleicher Verantwortung erfreuen."

(Stellungnahme zitiert nach: Homepage des Berliner Missionswerkes)